

1974	Ausgegeben zu Bonn am 16. Mai 1974	Nr. 26
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
29. 3. 74	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Kapitalhilfe	669
17. 4. 74	Bekanntmachung über eine Änderung des Abschnitts V Buchstabe c der Anlage III des Protokolls Nr. III zum revidierten Brüsseler Vertrag	671
25. 4. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sklaverei in der Fassung des Änderungsprotokolls	672
25. 4. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel in der Fassung des Änderungsprotokolls	673
25. 4. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung des Mädchenhandels in der Fassung des Änderungsprotokolls	674
25. 4. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels in der Fassung des Änderungsprotokolls	675
25. 4. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung	676
29. 4. 74	Bekanntmachung des Internationalen Übereinkommens zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris	676
3. 5. 74	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Korea über Sichtvermerke	682

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kenia
über Kapitalhilfe**

Vom 29. März 1974

In Nairobi ist am 28. Februar 1973 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 28. Februar 1973

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. März 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Börnstein

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kenia
über Kapitalhilfe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kenia

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch weitere fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der kenianischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kenia, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für den Neubau und den Ausbau von Touristenstraßen ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt zwölf Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

Artikel 2

Die Verwendung des Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmt der zwischen der Regierung der Republik Kenia und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kenia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und

sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Darlehensvertrages in Kenia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kenia überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Transportmittel. Sie trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der deutschen Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen bezahlt werden, werden international öffentlich ausgeschrieben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kenia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Nairobi, 28. Februar 1973 in vier
Urschriften, je zwei in deutscher und in englischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Jürgen R u h f u s

Für die Regierung der Republik Kenia
M w a i K i b a k i

Bekanntmachung
über eine Änderung des Abschnitts V Buchstabe c der Anlage III des Protokolls Nr. III
zum revidierten Brüsseler Vertrag

Vom 17. April 1974

Nach Artikel 2 des Protokolls Nr. III über die Rüstungskontrolle zu dem Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung vom 17. März 1948 in der Fassung des am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokolls und der weiteren hierzu am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokolle und Anlagen (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 256), zuletzt geändert durch den Beschluß vom 15. September 1971 (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 767) hat der Rat der Westeuropäischen Union in London am 26. September 1973 auf Grund der Empfehlung des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa vom 20. August 1973 und des Antrags der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 21. August 1973 beschlossen, Abschnitt V Buchstabe c der Anlage III des Protokolls Nr. III zu dem genannten Vertrag wie folgt zu ändern:

(Übersetzung)

(c) Submarines of more than 1800 tons displacement; (c) Les sous-marins d'un déplacement supérieur à 1800 tonnes; (c) Unterseeboote mit mehr als 1800 Tonnen Wasserverdrängung;

Bonn, den 17. April 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Sklaverei
in der Fassung des Änderungsprotokolls**

Vom 25. April 1974

Das in Genf am 25. September 1926 unterzeichnete Übereinkommen über die Sklaverei in der durch das Protokoll vom 7. Dezember 1953 geänderten Fassung (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 1473) ist für folgende Staaten in Kraft getreten:

Afghanistan	am	7. Juli 1955
Ägypten	am	7. Juli 1955
Australien	am	7. Juli 1955
Belgien	am	13. Dezember 1962
Birma	am	29. April 1957
China (Taiwan)	am	14. Dezember 1955
Dänemark	am	7. Juli 1955
Ecuador	am	17. August 1955
Finnland	am	7. Juli 1955
Frankreich	am	14. Februar 1963
Griechenland	am	12. Dezember 1955
Guinea	am	12. Juli 1962
Indien	am	7. Juli 1955
Irak	am	7. Juli 1955
Irland	am	31. August 1961
Israel	am	12. September 1955
Italien	am	7. Juli 1955
Jugoslawien	am	7. Juli 1955
Kanada	am	7. Juli 1955
Kuba	am	7. Juli 1955
Liberia	am	7. Juli 1955
Mexiko	am	7. Juli 1955
Monaco	am	7. Juli 1955
Neuseeland	am	7. Juli 1955

Niederlande	am	7. Juli 1955
Niger	am	7. Dezember 1964
Norwegen	am	11. April 1957
Osterreich	am	7. Juli 1955
Rumänien	am	13. November 1957
Schweden	am	7. Juli 1955
Schweiz	am	7. Juli 1955
Südafrika	am	7. Juli 1955
Syrien	am	7. Juli 1955
Türkei	am	7. Juli 1955
Ungarn	am	26. Februar 1958
Vereinigtes Königreich	am	7. Juli 1955
Vereinigte Staaten	am	7. März 1956

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß sie sich an das Übereinkommen in der Fassung des Änderungsprotokolls, dessen Anwendung durch das Vereinigte Königreich auf ihre Hoheitsgebiete erstreckt worden war, als gebunden betrachten:

Fidschi	am	12. Juni 1972
Malta	am	3. Januar 1966
Nigeria	am	26. Juni 1961
Sierra Leone	am	13. März 1962
Sudan	am	9. September 1957
Trinidad und Tobago	am	11. April 1966

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Dezember 1973 (Bundesgesetzbl. 1974 II S. 41).

Bonn, den 25. April 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel
in der Fassung des Änderungsprotokolls**

Vom 25. April 1974

Das in Paris am 18. Mai 1904 unterzeichnete Internationale Übereinkommen zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel in der durch das Protokoll vom 4. Mai 1949 geänderten Fassung (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 1478) ist für folgende Staaten in Kraft getreten:

Ägypten	am	21. Juni 1951
Australien	am	21. Juni 1951
Belgien	am	13. Oktober 1952
Chile	am	21. Juni 1951
China (Taiwan)	am	21. Juni 1951
Dänemark	am	21. Juni 1951
Finnland	am	21. Juni 1951
Frankreich	am	21. Juni 1951
Indien	am	21. Juni 1951
Irak	am	21. Juni 1951
Iran	am	30. Dezember 1959
Irland	am	19. Juli 1961
Italien	am	13. November 1952
Jugoslawien	am	21. Juni 1951
Kanada	am	21. Juni 1951
Luxemburg	am	14. März 1955
Niederlande	am	21. Juni 1951
Norwegen	am	21. Juni 1951

Osterreich	am	21. Juni 1951
Schweden	am	25. Februar 1952
Schweiz	am	21. Juni 1951
Sri Lanka	am	21. Juni 1951
Südafrika	am	14. August 1951
Tschechoslowakei	am	21. Juni 1951
Türkei	am	21. Juni 1951
Vereinigtes Königreich	am	21. Juni 1951
Vereinigte Staaten	am	21. Juni 1951

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß sie sich an das Übereinkommen in der Fassung des Änderungsprotokolls, dessen Anwendung durch das Vereinigte Königreich auf ihre Hoheitsgebiete erstreckt worden war, als gebunden betrachten:

Fidschi	am	12. Juni 1972
Mali	am	2. Februar 1973
Sambia	am	26. März 1973

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 2. September 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1009) und 22. Oktober 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 1679).

Bonn, den 25. April 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Bekämpfung des Mädchenhandels
in der Fassung des Änderungsprotokolls**

Vom 25. April 1974

Das in Paris am 4. Mai 1910 unterzeichnete Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels in der durch das Protokoll vom 4. Mai 1949 geänderten Fassung (Bundesgesetzblatt 1972 II S. 1482) ist für folgende Staaten in Kraft getreten:

Ägypten	am	14. August 1951
Australien	am	14. August 1951
Belgien	am	13. Oktober 1952
Chile	am	14. August 1951
China (Taiwan)	am	14. August 1951
Dänemark	am	14. August 1951
Finnland	am	14. August 1951
Frankreich	am	14. August 1951
Indien	am	14. August 1951
Irak	am	14. August 1951
Iran	am	30. Dezember 1959
Irland	am	19. Juli 1961
Italien	am	13. November 1952
Jugoslawien	am	14. August 1951
Kanada	am	14. August 1951
Luxemburg	am	14. März 1955
Niederlande	am	14. August 1951

Norwegen	am	14. August 1951
Osterreich	am	14. August 1951
Schweden	am	25. Februar 1952
Schweiz	am	14. August 1951
Sri Lanka	am	14. August 1951
Südafrika	am	14. August 1951
Tschechoslowakei	am	14. August 1951
Türkei	am	14. August 1951
Vereinigtes Königreich	am	14. August 1951

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß sie sich an das Übereinkommen in der Fassung des Änderungsprotokolls, dessen Anwendung durch das Vereinigte Königreich auf ihre Hoheitsgebiete erstreckt worden war, als gebunden betrachten:

Fidschi	am	12. Juni 1972
Mali	am	2. Februar 1973
Sambia	am	26. März 1973

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 2. September 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1009) und 22. Oktober 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 1679).

Bonn, den 25. April 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Übereinkunft
zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels
in der Fassung des Änderungsprotokolls**

Vom 25. April 1974

Die in Genf am 30. September 1921 geschlossene Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels in der durch das Protokoll vom 12. November 1947 geänderten Fassung (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 1489) ist für folgende Staaten in Kraft getreten:

Afghanistan	am	24. April 1950	Libanon	am	24. April 1950
Ägypten	am	24. April 1950	Luxemburg	am	14. März 1955
Albanien	am	24. April 1950	Mexiko	am	24. April 1950
Australien	am	24. April 1950	Nicaragua	am	24. April 1950
Belgien	am	24. April 1950	Niederlande	am	24. April 1950
Birma	am	24. April 1950	Norwegen	am	24. April 1950
Brasilien	am	24. April 1950	Osterreich	am	7. Juni 1950
China (Taiwan)	am	24. April 1950	Pakistan	am	24. April 1950
Dänemark	am	24. April 1950	Polen	am	21. Dezember 1950
Finnland	am	24. April 1950	Rumänien	am	2. November 1950
Griechenland	am	5. April 1960	Schweden	am	24. April 1950
Indien	am	24. April 1950	Sierra Leone	am	13. August 1962
Irland	am	19. Juli 1961	Singapur	am	26. Oktober 1966
Italien	am	24. April 1950	Sowjetunion	am	24. April 1950
Jamaika	am	16. März 1965	Südafrika	am	24. April 1950
Jugoslawien	am	24. April 1950	Syrien	am	24. April 1950
Kanada	am	24. April 1950	Tschechoslowakei	am	24. April 1950
			Türkei	am	24. April 1950
			Ungarn	am	24. April 1950

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 11. März 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 174) und 22. Oktober 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 1677).

Bonn, den 25. April 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung
der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen
und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung

Vom 25. April 1974

Die Schweiz hat bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 857, 1968 II S. 1224), geändert durch Verordnung vom 28. Februar 1968 (Bundesgesetzbl. II S. 125), erklärt, nur die dem Übereinkommen beigefügte Regelung Nr. 15 — Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich der Emission luftverunreinigender Gase aus Motoren mit Fremdzündung — anzuwenden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. September 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 1456).

Bonn, den 25. April 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Bekanntmachung
des Internationalen Übereinkommens
zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris

Vom 29. April 1974

Die deutsche Übersetzung des am 25. Januar 1924 in Paris unterzeichneten Internationalen Übereinkommens für die Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamts (Reichsgesetzbl. 1928 II S. 317) ist überarbeitet worden. Der französische Wortlaut des Übereinkommens sowie die dazugehörige Satzung und die überarbeitete deutsche Übersetzung werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 51).

Bonn, den 29. April 1974

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

Internationales Übereinkommen zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris

Arrangement International pour la Création, à Paris, d'un Office International des Epizooties

(Übersetzung)

Les gouvernements de la République Argentine, de la Belgique, du Brésil, de la Bulgarie, du Danemark, de l'Égypte, de l'Espagne, de la Finlande, de la France, de la Grande-Bretagne, de la Grèce, du Guatemala, de la Hongrie, de l'Italie, du Luxembourg, du Maroc, du Mexique, de la Principauté de Monaco, des Pays-Bas, du Pérou, de la Pologne, du Portugal, de la Roumanie, du Siam, de la Suède, de la Suisse, de la République Tchèque et de la Tunisie,

ayant jugé utile d'organiser l'Office international des Epizooties, visé dans le vœu émis par la Conférence internationale pour l'étude des Epizooties, le 27 mai 1921,

ont résolu de conclure un arrangement à cet effet et sont convenus de ce qui suit:

Article Premier

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à fonder et à entretenir un Office international des Epizooties dont le siège est à Paris.

Article 2

L'Office fonctionne sous l'autorité et le contrôle d'un Comité formé de délégués des Gouvernements contractants. La Composition et les attributions de ce comité, ainsi que l'organisation et les pouvoirs dudit Office, sont déterminés par les statuts organiques qui sont annexés au présent arrangement et qui sont considérés comme en faisant partie intégrante.

Article 3

Les frais d'installation ainsi que les dépenses annuelles de fonctionnement et d'entretien de l'Office sont couverts par les contributions des Etats contractants établies dans les conditions prévues par les statuts organiques visés à l'article 2.

Article 4

Les sommes représentant la part contributive de chacun des Etats contractants sont versées par ces derniers au commencement de chaque année, par l'intermédiaire du Ministère des Affaires étrangères de la République française, à la Caisse des dépôts et consignations, à Paris, d'où elles seront retirées, au fur et à mesure des besoins, sur mandats du directeur de l'Office.

Article 5

Les Hautes Parties contractantes se réservent la faculté d'apporter, d'un commun accord, au présent arrangement les modifications dont l'expérience démontrerait l'utilité.

Die Regierungen Agyptens, der Argentinischen Republik, Belgiens, Brasiliens, Bulgariens, Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens, Griechenlands, Guatemalas, Italiens, Luxemburgs, Marokkos, Mexikos, des Fürstentums Monaco, der Niederlande, Perus, Polens, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, Siams, Spaniens, der Tschechoslowakischen Republik, Tunesiens und Ungarns —

von der Erwägung geleitet, daß es zweckdienlich ist, das in der Empfehlung der internationalen Konferenz zum Studium der Tierseuchen vom 27. Mai 1921 in Aussicht genommene Internationale Tierseuchenamt zu errichten —

haben beschlossen, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zu schließen, und sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, ein Internationales Tierseuchenamt mit Sitz in Paris zu gründen und zu unterhalten.

Artikel 2

Das Amt ist nach Weisung und unter der Aufsicht eines Ausschusses von Delegierten der Vertragsregierungen tätig. Zusammensetzung und Befugnisse dieses Ausschusses sowie Aufbau und Zuständigkeit des Amtes sind in der Satzung geregelt, die diesem Übereinkommen als Anlage beigefügt ist und als Bestandteil desselben gilt.

Artikel 3

Die Einrichtungskosten sowie die jährlichen Ausgaben für die Tätigkeit und Unterhaltung des Amtes werden durch Beiträge der Vertragsstaaten gedeckt; die Beiträge werden nach Maßgabe der in Artikel 2 bezeichneten Satzung festgesetzt.

Artikel 4

Die Vertragsstaaten überweisen die auf sie entfallenden Beiträge zu Beginn eines jeden Jahres durch Vermittlung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten der Französischen Republik an die „Caisse des dépôts et consignations“ in Paris; dort werden sie je nach Bedarf auf Anweisung des Direktors des Amtes abgehoben.

Artikel 5

Die Hohen Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, an diesem Übereinkommen im gegenseitigen Einvernehmen diejenigen Änderungen vorzunehmen, die sich auf Grund der gemachten Erfahrungen als zweckdienlich erweisen.

Article 6

Les Gouvernements qui n'ont pas signé le présent arrangement sont admis à y adhérer sur leur demande. Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement français, et par celui-ci aux autres Gouvernements contractants; elle comportera l'engagement de participer par une contribution aux frais de l'Office, dans les conditions visées à l'article 3.

Article 7

Le présent arrangement sera ratifié dans les conditions suivantes:

Chaque Puissance adressera, dans le plus court délai possible, sa ratification au Gouvernement français, par les soins duquel il en sera donné avis aux autres pays signataires.

Les ratifications resteront déposées dans les archives du Gouvernement français.

La présente convention entrera en vigueur, pour chaque pays signataire, le jour même du dépôt de son acte de ratification.

Article 8

Le présent arrangement est conclu pour une période de sept années. A l'expiration de ce terme, il continuera à demeurer exécutoire pour de nouvelles périodes de sept ans entre les Etats qui n'auront pas notifié, une année avant l'échéance de chaque période, l'intention d'en faire cesser les effets en ce qui les concerne.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment autorisés, ont arrêté le présent arrangement en un seul exemplaire, qu'ils ont revêtu de leurs cachets; cet exemplaire restera déposé dans les archives du Gouvernement français et des copies certifiées conformes seront remises, par la voie diplomatique, aux Parties contractantes.

Ledit exemplaire pourra être signé jusqu'au 30 avril 1924 inclusivement.

Fait à Paris, le 25 janvier 1924.

Artikel 6

Regierungen, die dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, können ihm auf Antrag beitreten. Der Beitritt wird der französischen Regierung und von dieser den anderen Vertragsregierungen auf diplomatischem Wege notifiziert; er enthält die Verpflichtung, nach Maßgabe des Artikels 3 einen Beitrag zu den Kosten des Amtes zu leisten.

Artikel 7

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen:

Jede Macht übermittelt ihre Ratifikation möglichst bald der französischen Regierung; diese setzt die anderen Unterzeichnerstaaten davon in Kenntnis.

Die Ratifikationen werden im Archiv der französischen Regierung hinterlegt.

Dieses Übereinkommen tritt für jeden Unterzeichnerstaat am Tag der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Artikel 8

Dieses Übereinkommen wird für einen Zeitabschnitt von sieben Jahren geschlossen. Nach Ablauf dieser Frist bleibt es jeweils für weitere sieben Jahre zwischen den Staaten in Kraft, die nicht ein Jahr vor Ablauf der betreffenden Frist ihre Absicht notifiziert haben, das Übereinkommen für sich außer Kraft zu setzen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen in einer Urschrift beschlossen; die Urschrift wurde mit ihren Siegeln versehen und im Archiv der französischen Regierung hinterlegt; die Vertragsparteien erhalten auf diplomatischem Wege beglaubigte Abschriften.

Die Urschrift kann bis zum 30. April 1924 unterzeichnet werden.

Geschehen zu Paris am 25. Januar 1924.

Annexe

Anlage

**Statuts Organiques
de l'Office International des Epizooties**

Article Premier

Il est institué à Paris un Office international des Epizooties relevant des Etats qui acceptent de prendre part à son fonctionnement.

Article 2

L'Office ne peut s'immiscer en aucune façon dans l'administration des différents Etats.

Il est indépendant des autorités du pays dans lequel il est placé.

Il correspond directement avec les autorités supérieures ou services chargés, dans les divers pays, de la police sanitaire des animaux.

Article 3

Le Gouvernement de la République française prendra, sur la demande du Comité international visé à l'article 6, les dispositions nécessaires pour faire reconnaître l'Office comme établissement d'utilité publique.

Article 4

L'Office a pour objet principal:

- a) De provoquer et de coordonner toutes recherches ou expériences intéressant la pathologie ou la prophylaxie des maladies infectieuses du bétail, pour lesquelles il y a lieu de faire appel à la collaboration internationale;
- b) De recueillir et de porter à la connaissance des Gouvernements et de leurs services sanitaires les faits et documents d'un intérêt général concernant la marche des maladies épizootiques et les moyens employés pour les combattre;
- c) D'étudier les projets d'accords internationaux relatifs à la police sanitaire des animaux et de mettre à la disposition des Gouvernements signataires de ces accords les moyens d'en contrôler l'exécution.

Article 5

Les Gouvernements adressent à l'Office:

1. Par la voie télégraphique, notification des premiers cas de peste bovine ou de fièvre aphteuse constatés dans un pays ou dans une région jusque-là indemnes;
2. A intervalles réguliers, des bulletins établis suivant un modèle adopté par le Comité, donnant les renseignements sur la présence et l'extension des maladies comprises dans la liste suivante:
 - Peste bovine,
 - Fièvre aphteuse,
 - Péripneumonie contagieuse,
 - Fièvre charbonneuse,
 - Clavelée,
 - Rage,
 - Morve,
 - Dourine,
 - Peste du porc.

**Satzung
des Internationalen Tierseuchenamts**

Artikel 1

Es wird in Paris ein Internationales Tierseuchenamt errichtet; es ist denjenigen Staaten unterstellt, die sich an seiner Tätigkeit beteiligen.

Artikel 2

Das Amt darf sich nicht in die Verwaltung der einzelnen Staaten einmischen.

Es ist unabhängig von den Behörden des Staates, in dem es seinen Sitz hat.

Es verkehrt unmittelbar mit den für die Tierseuchenbekämpfung zuständigen obersten Behörden oder Dienststellen der verschiedenen Staaten.

Artikel 3

Die Regierung der Französischen Republik wird auf Antrag des in Artikel 6 bezeichneten internationalen Ausschusses die erforderlichen Vorkehrungen treffen, damit das Amt als gemeinnützige Anstalt anerkannt wird.

Artikel 4

Hauptaufgabe des Amtes ist es,

- a) alle Forschungen und Versuche über Wesen und Verhütung ansteckender Tierkrankheiten, für die eine internationale Zusammenarbeit zweckmäßig erscheint, zu veranlassen und zu koordinieren;
- b) Tatsachen und Schriftstücke von allgemeinem Interesse über den Stand der Tierseuchen und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zu sammeln und sie den Regierungen und ihren mit der Tierseuchenbekämpfung befaßten Dienststellen zur Kenntnis zu bringen;
- c) Entwürfe internationaler Übereinkünfte über die Tierseuchenbekämpfung zu prüfen und den Regierungen, die diese Übereinkünfte unterzeichnen, die Mittel für die Überwachung ihrer Durchführung zur Verfügung zu stellen.

Artikel 5

Die Regierungen übermitteln dem Amt

1. auf telegrafischem Wege Anzeigen über erstmaliges Auftreten von Rinderpest oder Maul- und Klauenseuche in einem bis dahin seuchenfreien Staat oder Gebiet;
2. in regelmäßigen Zeitabständen Berichte nach einem vom Ausschuß festgesetzten Muster, die über Vorkommen und Verbreitung nachstehender Krankheiten Auskunft geben:
 - Rinderpest,
 - Maul- und Klauenseuche,
 - ansteckende Lungenseuche,
 - Rauschbrand,
 - Schafpocken,
 - Tollwut,
 - Rotz,
 - Beschälseuche,
 - Schweinepest.

La liste des maladies auxquelles s'appliquent l'une ou l'autre des dispositions qui précèdent peut être révisée par le Comité, sous réserve de l'approbation des Gouvernements.

Les Gouvernements font part à l'Office des mesures qu'ils prennent pour combattre les épizooties, notamment de celles qu'ils instituent aux frontières pour protéger leur territoire contre les provenances des pays contaminés. Autant que possible ils répondent aux demandes de renseignements qui leur sont adressées par l'Office.

Article 6

L'Office est placé sous l'autorité et le contrôle d'un Comité international qui est composé de représentants techniques, désignés par les Etats participants, à raison d'un représentant pour chaque Etat.

Article 7

Le Comité de l'Office se réunit périodiquement au moins une fois par an; la durée de ses sessions n'est pas limitée.

Les membres du Comité élisent, par scrutin secret, un président dont le mandat a une durée de trois ans.

Article 8

Le fonctionnement de l'Office est assuré par un personnel rétribué comprenant:

- un directeur;
- des fonctionnaires techniques;
- les agents nécessaires à la marche de l'Office.

Le directeur est nommé par le Comité.

Le directeur assiste aux séances du Comité avec voix consultative.

La nomination et la révocation des employés de toute catégorie appartiennent au directeur, qui en rend compte au Comité.

Article 9

Les renseignements recueillis par l'Office sont portés à la connaissance des Etats participants par la voie d'un bulletin ou par des communications spéciales qui leur sont adressées soit d'office, soit sur leur demande.

Les notifications relatives aux premiers cas de peste bovine ou de fièvre aphteuse sont transmises télégraphiquement, aussitôt recues, aux Gouvernements et aux services sanitaires.

L'Office expose, en outre, périodiquement, les résultats de son activité dans des rapports officiels qui sont communiqués aux Gouvernements participants.

Article 10

Le Bulletin, qui paraît au moins une fois par mois, comprend notamment:

1. Les lois et règlements généraux ou locaux promulgués dans les différents pays concernant les maladies transmissibles du bétail;
2. Les renseignements concernant la marche des maladies infectieuses des animaux;
3. Les statistiques intéressant l'état sanitaire du cheptel mondial;
4. Des indications bibliographiques.

Die Liste der Krankheiten, auf welche eine der vorstehenden Bestimmungen Anwendung findet, kann vom Ausschuss vorbehaltlich der Genehmigung durch die Regierungen revidiert werden.

Die Regierungen teilen dem Amt mit, welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung der Tierseuchen treffen, insbesondere Maßnahmen, die sie an der Grenze zum Schutz ihres Hoheitsgebiets gegen das Einschleppen aus verseuchten Staaten anordnen. Die Regierungen beantworten nach Möglichkeit Ersuchen des Amtes um Auskunft.

Artikel 6

Das Amt untersteht der Weisungsbefugnis und Aufsicht eines internationalen Ausschusses, der aus von den Teilnehmerstaaten benannten sachverständigen Vertretern besteht, und zwar je einem Vertreter für jeden Vertragsstaat.

Artikel 7

Der Ausschuss des Amtes tritt in bestimmten Zeitabständen mindestens einmal im Jahr zusammen; die Dauer der Tagungen ist nicht beschränkt.

Die Mitglieder des Ausschusses wählen in geheimer Abstimmung einen Präsidenten; seine Amtszeit beträgt drei Jahre.

Artikel 8

Die Tätigkeit des Amtes wird durch besoldetes Personal wahrgenommen; es besteht aus

- einem Direktor,
- Fachbeamten,
- den für den Betrieb des Amtes erforderlichen sonstigen Bediensteten.

Der Direktor wird vom Ausschuss ernannt.

Der Direktor nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ausschusses teil.

Die Ernennung und Entlassung der Bediensteten aller Laufbahngruppen obliegt dem Direktor; er erstattet dem Ausschuss darüber Bericht.

Artikel 9

Die beim Amt eingegangenen Auskünfte werden den Teilnehmerstaaten durch einen Bericht oder durch besondere Mitteilungen zur Kenntnis gebracht, die ihnen von Amts wegen oder auf Antrag zugehen.

Anzeigen über das erstmalige Auftreten von Rinderpest oder Maul- und Klauenseuche werden sofort nach ihrem Eingang den Regierungen und den mit der Tierseuchenbekämpfung befaßten Dienststellen telegrafisch übermittelt.

Das Amt gibt ferner in bestimmten Zeitabständen amtliche Berichte über die Ergebnisse seiner Arbeit heraus und übermittelt sie den Teilnehmerregierungen.

Artikel 10

Das Bulletin erscheint mindestens einmal im Monat; es umfaßt u. a.

1. die Gesetze und Verordnungen allgemeiner oder örtlicher Natur, die in den einzelnen Staaten über ansteckende Tierkrankheiten erlassen werden;
2. Mitteilungen über den Verlauf ansteckender Tierkrankheiten;
3. statistische Angaben, die den Gesundheitszustand des Viehbestands der Welt betreffen;
4. bibliographische Mitteilungen.

La langue officielle de l'Office et du Bulletin est la langue française. Le Comité pourra décider que des parties du Bulletin seront publiées en d'autres langues.

Article 11

Les dépenses nécessaires au fonctionnement de l'Office sont couvertes par les Etats signataires de l'arrangement et par ceux qui pourront y adhérer par la suite, dont la contribution est établie suivant les catégories ci-après:

- 1^{re} catégorie, à raison de 25 unités,
- 2^e catégorie, à raison de 20 unités,
- 3^e catégorie, à raison de 15 unités,
- 4^e catégorie, à raison de 10 unités,
- 5^e catégorie, à raison de 5 unités,
- 6^e catégorie, à raison de 3 unités,

sur la base de cinq cents francs par unité.

Chaque Etat est libre de choisir la catégorie dans laquelle il désire s'inscrire. Il lui sera toujours loisible de s'inscrire ultérieurement dans une catégorie supérieure.

Article 12

Il est prélevé sur les ressources annuelles une somme destinée à la constitution d'un fonds de réserve. Le total de cette réserve, qui ne peut excéder le montant du budget annuel, est placé en fonds d'Etat de premier ordre.

Article 13

Les membres du Comité reçoivent sur les fonds affectés au fonctionnement de l'Office une indemnité de frais de déplacement. Ils reçoivent, en outre, un jeton de présence pour chacune des séances auxquelles ils assistent.

Article 14

Le Comité fixe la somme à prélever annuellement sur son budget pour contribuer à assurer une pension de retraite au personnel de l'Office.

Article 15

Le Comité établit son budget annuel et approuve le compte rendu des dépenses. Il arrête le règlement organique du personnel, ainsi que toutes dispositions nécessaires au fonctionnement de l'Office.

Ce règlement ainsi que ces dispositions sont communiqués par le Comité aux Etats participants et ne pourront pas être modifiés sans leur assentiment.

Article 16

Un exposé de la gestion des fonds de l'Office est présenté annuellement aux Etats participants après la clôture de l'exercice.

Die Amtssprache des Amtes und des Bulletins ist Französisch. Der Ausschuß kann beschließen, daß Teile des Bulletins in anderen Sprachen veröffentlicht werden.

Artikel 11

Die für die Tätigkeit des Amtes benötigten Kosten werden von den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens und von denjenigen Staaten getragen, die ihm später beitreten; ihr Beitrag wird nach Maßgabe folgender Klassen festgesetzt:

- 1. Beitragsklasse je 25 Einheiten,
- 2. Beitragsklasse je 20 Einheiten,
- 3. Beitragsklasse je 15 Einheiten,
- 4. Beitragsklasse je 10 Einheiten,
- 5. Beitragsklasse je 5 Einheiten,
- 6. Beitragsklasse je 3 Einheiten,

auf der Grundlage von je 500 Franken für die Einheit.

Jedem Staat steht es frei, die Beitragsklasse zu wählen, in die er sich eintragen lassen will. Es bleibt ihm überlassen, sich später in eine höhere Klasse eintragen zu lassen.

Artikel 12

Ein bestimmter Betrag der jährlichen Einnahmen ist vorweg zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden. Der Gesamtbetrag dieses Reservefonds, der die Höhe des jährlichen Haushalts nicht überschreiten darf, ist in erstklassigen Staatspapieren anzulegen.

Artikel 13

Die Mitglieder des Ausschusses erhalten aus den für die Tätigkeit des Amtes bereitgestellten Mitteln Reisekosten. Sie erhalten ferner Sitzungsgeld für jede Sitzung, an der sie teilnehmen.

Artikel 14

Der Ausschuß setzt den Betrag fest, der jährlich dem Haushalt als Beitrag zum Ruhegeld für das Personal des Amtes zu entnehmen ist.

Artikel 15

Der Ausschuß stellt seinen Jahreshaushaltsplan auf und genehmigt die Abrechnung der Ausgaben. Er beschließt die Personalordnung sowie alle für die Tätigkeit des Amtes erforderlichen Vorschriften.

Die Personalordnung und die Vorschriften werden vom Ausschuß den Teilnehmerstaaten mitgeteilt und dürfen nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Artikel 16

Nach Abschluß eines jeden Rechnungsjahrs wird den Teilnehmerstaaten ein Bericht über die Verwaltung der Mittel des Amtes unterbreitet.

Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Korea
über Sichtvermerke

Vom 3. Mai 1974

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Korea ist durch Notenwechsel vom 17. November 1972 eine Vereinbarung über Sichtvermerke abgeschlossen worden. Der Notenwechsel ist

am 24. Januar 1974

in Kraft getreten; er wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. Mai 1974

Der Bundesminister des Innern
Im Auftrag
Dr. Schiffer

Der Botschafter
der
Bundesrepublik Deutschland

Seoul, 17. November 1972

Herr Minister,

Ich beehre mich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Korea zur Erleichterung des Reiseverkehrs auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts beider Länder vorzuschlagen:

1. Deutsche, die einen gültigen deutschen Reisepaß besitzen und nicht beabsichtigen, eine Erwerbstätigkeit in Korea auszuüben, können ohne Sichtvermerk in die Republik Korea einreisen, sich dort bis zu 60 Tage aufhalten und das Land ohne Ausreisegenehmigung wieder verlassen.

Eine Verlängerung des Aufenthalts um weitere dreißig Tage wird Deutschen von den zuständigen koreanischen Behörden auf Antrag und bei Vorlage einer Bescheinigung über die Notwendigkeit der Verlängerung des Aufenthalts ohne Verzögerung gewährt.

2. Deutsche, die beabsichtigen, sich länger als sechzig Tage in der Republik Korea aufzuhalten oder dort eine Erwerbstätigkeit auszuüben, können in die Republik Korea einreisen und sich dort aufhalten, wenn sie einen gültigen deutschen Reisepaß und einen Sichtvermerk der zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Republik Korea besitzen.
3. Staatsangehörige der Republik Korea, die einen gültigen Reisepaß der Republik Korea besitzen und nicht beabsichtigen, eine Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland auszuüben, können ohne Aufenthaltserlaubnis (Sichtvermerk) in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, sich dort höchstens drei Monate aufhalten und das Land ohne Ausreisegenehmigung wieder verlassen.
4. Staatsangehörige der Republik Korea, die beabsichtigen, länger als drei Monate in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben oder dort eine Erwerbstätigkeit auszuüben, können in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und sich dort aufhalten, wenn sie einen gültigen Reisepaß der Republik Korea und eine von der zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Form des Sichtvermerks erteilte Aufenthaltserlaubnis besitzen.
5. Die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs befreit Staatsangehörige der Republik Korea und Deutsche nicht von der Verpflichtung, die Gesetze und Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea in bezug auf die Einreise, den (vorübergehenden oder ständigen) Aufenthalt sowie die Beschäftigung oder berufliche Tätigkeit von Ausländern zu beachten.

6. Die zuständigen Behörden beider Länder behalten sich das Recht vor, Personen, die als unerwünscht gelten oder nach allgemeinen ausländerrechtlichen Bestimmungen aus anderen Gründen zurückgewiesen werden müssen, die Einreise oder den Aufenthalt zu verweigern.
7. Die Regierung der Republik Korea wird Staatsangehörigen der Republik Korea, deren Entfernung aus der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigen, jederzeit ohne besondere Erlaubnis die Wiedereinreise in die Republik Korea gestatten und ihnen die für die Rückkehr in die Republik Korea gegebenenfalls erforderlichen Papiere ausstellen.
8. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird Deutschen, deren Entfernung aus der Republik Korea die Behörden der Republik Korea beabsichtigen, jederzeit und ohne besondere Erlaubnis die Wiedereinreise in die Bundesrepublik Deutschland gestatten und die für die Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland gegebenenfalls erforderlichen Papiere ausstellen.
9. Die Regierung jedes der beiden Vertragsstaaten kann die vorstehenden Bestimmungen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung vorübergehend ganz oder teilweise aussetzen. Die Aussetzung ist der Regierung des anderen Vertragsstaates auf diplomatischem Wege zu notifizieren. Das gleiche Verfahren gilt für die Aufhebung der Aussetzung.
10. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Korea innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.
11. Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Sie kann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten gekündigt werden.
Die Kündigung ist der Regierung des anderen Vertragsstaates auf diplomatischem Wege zu notifizieren.

Falls sich die Regierung der Republik Korea mit den unter den Nummern 1 bis 11 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, wird diese Note und die das Einverständnis ausdrückende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Sarrazin

Seiner Exzellenz
Herrn Kim Yong Shik
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Seoul

Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten
Seoul
OBJ-1049

17. November 1972

Herr Botschafter,

ich beehre mich, den Empfang der Note Eurer Exzellenz vom 17. November 1972 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

Es folgt der Wortlaut der deutschen Note

Ich beehre mich ferner, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Korea sich mit den in der vorstehend zitierten Note Eurer Exzellenz enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, sowie zu bestätigen, daß die Note Eurer Exzellenz und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen über diese Angelegenheit bilden sollen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Kim Yong Shik

Seiner Exzellenz
Herrn Dr. Wilfried Sarrazin
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Seoul

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Tel. (02221) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,35 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.